

Antrag

der Abgeordneten Reinhold Hiller (Lübeck), Reinhard Weis (Stendal), Petra Bierwirth, Rainer Brinkmann (Detmold), Hans-Günter Bruckmann, Dr. Peter Danckert, Christel Deichmann, Annette Faße, Norbert Formanski, Monika Ganseforth, Iris Gleicke, Anke Hartnagel, Klaus Hasenfratz, Gustav Herzog, Gabriele Iwersen, Ulrich Kelber, Horst Kubatschka, Konrad Kunick, Dr. Christine Lucyga, Dieter Maaß (Herne), Christoph Matschie, Heide Mattischeck, Ulrike Mehl, Jutta Müller (Völklingen), Günter Oesinghaus, Dr. Carola Reimann, Karin Rehbock-Zureich, Gudrun Roos, René Röspel, Gerhard Rübenkönig, Marlene Rupprecht, Siegfried Scheffler, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Wieland Sorge, Wolfgang Spanier, Rita Streb-Hesse, Reinhold Strobl (Amberg), Wolfgang Weiermann, Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Dr. Margrit Wetzel, Jürgen Wieczorek (Böhlen), Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

sowie der Abgeordneten Renate Blank, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Georg Brunnhuber, Hubert Deittert, Dirk Fischer (Hamburg), Peter Götz, Manfred Heise, Ernst Hinsken, Bartholomäus Kalb, Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Norbert Königshofen, Dr. Hermann Kues, Peter Letzgus, Eduard Lintner, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Dr. Michael Meister, Eduard Oswald, Norbert Otto (Erfurt), Hans-Peter Repnik, Wilhelm Josef Sebastian, Friedrich Merz, Michael Glos und der Fraktion der CDU/CSU

sowie der Abgeordneten Gila Altmann (Aurich), Franziska Eichstädt-Bohlig, Albert Schmidt (Hitzhofen), Helmut Wilhelm (Amberg), Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Guttmacher, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Maritime Sicherheit auf der Ostsee

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

dem Parlament bis zum 31. Mai 2002 einen Bericht zur maritimen Sicherheit im Ostseeraum zuzuleiten. In diesem Bericht soll insbesondere auch die Auffassung der Regierung zu den aus dem Teil II der Resolution der 10. Ostseeparlamentarierkonferenz am 3. und 4. September 2001 in Greifswald sowie den aus der HELCOM Kopenhagen Deklaration vom 10. September 2001 ersichtlichen Punkten dargelegt werden. Ferner soll darüber berichtet werden, welche konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der einzelnen Forderungen geplant oder bereits in die Wege geleitet worden sind.

Begründung

Havarien auf der Ostsee haben gezeigt, wie dringend notwendig es ist, weitere Maßnahmen zur Erhöhung der maritimen Sicherheit zu treffen. Die hohe Verkehrsdichte einerseits und die hydrographischen Besonderheiten andererseits bedingen die besondere Gefährdung der Ostsee und ihrer Küsten durch Schiffshavarien. Bei einem großen Unfall wären manche Länder in existenziellen wirtschaftlichen Grundlagen gefährdet.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz hat dieses Thema aufgegriffen und erstmalig seit ihrem Bestehen eine Arbeitsgruppe gebildet. Sie verfolgt das Ziel, weitere politische Beschlussempfehlungen in diesem Bereich für die 11. Konferenz in St. Petersburg im Jahr 2002 zu entwickeln, die die Grundlage zu noch stärkerem und weitergehendem gemeinsamen Handeln der Gemeinschaft der Ostseeanrainerstaaten im Rahmen der internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) bilden können.

Vor diesem Hintergrund wird es als erforderlich angesehen, dass die Regierung ihre grundsätzlichen politischen und fachlichen Positionen zu Fragen der maritimen Sicherheit im Ostseeraum artikuliert. In diesem Zusammenhang sollen sowohl Aussagen zu den Beschlüssen der 10. Ostseeparlamentarierkonferenz in Greifswald sowie den Festlegungen der HELCOM Kopenhagen Deklaration als auch weitere konkrete Planungen und Schritte zur Umsetzung der einzelnen Forderungen dieser Beschlüsse dargelegt werden.

Der schriftliche Bericht soll die Vergleichbarkeit einzelner Maßnahmen zwischen den jeweiligen Ostseeanrainerstaaten ermöglichen. Der Abgabetermin 31. Mai 2002 resultiert aus dem Erfordernis, die Ergebnisse der nationalen Status-Berichte in die Beschlussempfehlung sowie in die Berichterstattung für die Ostseeparlamentarierkonferenz einfließen zu lassen.

Berlin, den 23. April 2002

Dr. Peter Struck und Fraktion

Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion